

Der Enztöler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Neub'ischen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenbürg.

nr. 38

Dienstag den 16. Februar 1932

90. Jahrgang

Hindenburg stellt sich zur Wahl

Erklärung Hindenburgs

Berlin, 15. Febr. Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den Präsidenten des Reichskriegsverbandes Ruffhäuser, General von Horn, der ihm erneut das Vertrauen und die Treue der im Ruffhäuserbund vereinigten Soldaten zum Ausdruck brachte. Reichspräsident v. Hindenburg gibt auf die an ihn in den letzten Tagen gerichteten Aufforderungen und Anfragen öffentlich folgende Antwort:

Nach erster Prüfung habe ich mich im Bewußtsein meiner Verantwortung für das Schicksal unseres Vaterlandes entschlossen, mich für eine etwaige Wiederwahl zur Verfügung zu stellen. Der Umstand, daß die Aufforderung hierzu an mich nicht von einer Partei, sondern von breiten Volksschichten ergangen ist, läßt mich in meiner Verantwortlichkeit eine Pflicht erblicken. Sollte ich gewählt werden, so werde ich auch weiterhin mit allen Kräften dem Vaterlande treu und gewissenhaft dienen, um diesem nach außen zur Freiheit und Gleichberechtigung, nach innen zur Einigung und zum Aufstieg zu verhelfen. Werde ich nicht gewählt, so bleibt mir dann der Vorwurf erspart, meinen Posten in schwerer Zeit eigenmächtig verlassen zu haben. Für mich gibt es nur ein wahrhaft nationales Ziel: Zusammenschluß des Volkes in seinem Existenzkampf, volle Hingabe jedes Deutschen in dem harten Ringen um die Erhaltung der Nation.

Berlin, 15. Februar 1932. (gez.) v. Hindenburg.

Die Deutschnationale Volkspartei

Die Kandidatur des Feldmarschalls v. Hindenburg ist Tatsache geworden. Seitens der Regierung Bräuning sind in der Frage der Reichspräsidentenwahl schwere Fehler begangen worden. Mit verächtlicher Geschäftigkeit hat die Linksdemokratie die Hindenburg-Kandidatur betrieben. Sie hat nicht nur dem Namen Hindenburgs, sondern auch dem Ansehen Deutschlands schweren Schaden zugefügt. Wir bedauern diese Entscheidung. Sie ist ein neuer Beweis für die Unfähigkeit des heutigen Systems, die Geschichte Deutschlands zu meistern. Der Kampf gegen dieses System ist das oberste Gebot wirklicher Nationalpolitik.

Das Weimarer System, verflücht durch die schwarz-rotten Parteien, versucht dauernd, die historische Gestalt des Feldmarschalls von Hindenburg auszunutzen. Aus ihren Händen nimmt er nunmehr eine neue Kandidatur als Reichspräsident entgegen. Diese Lage der Dinge macht es uns sehr unangenehm, unsere Stimmen wiederum wie 1925 für den Reichspräsidenten von Hindenburg abzugeben.

Die Deutschnationale Volkspartei wird vielmehr den Kampf um die Reichspräsidentenwahl im Sinne der Befreiung von Herzburg und mit dem Willen führen, eine grundsätzliche Kursänderung herbeizuführen. Die Parteivertrretung der Deutschnationalen Volkspartei ist auf Mittwoch, 17. Februar, einberufen worden.

Aufruf der Reichsleitung der Nationalsozialisten

München, 15. Febr. Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP schreibt zur Kandidatur Hindenburgs in der Nationalsozialistischen Parteikorrektur: Es ist der feste Wille der nationalsozialistischen Bewegung, das System des 9. November 1918, mit dem für immer der heutige Niedergang der deutschen Nation verbunden sein wird, zu beseitigen und an seine Stelle ein neues Regiment zu setzen, das berufen ist, endlich dem Zusammenbruch Einhalt zu tun und das deutsche Volk den Weg des Wiederaufstieges in eine neue Zukunft zu führen. Die nationalsozialistische Freiheitsbewegung wäre bereit gewesen, mit Hindenburg, den sie vor 7 Jahren im Vertrauen auf den Generalfeldmarschall der deutschen Wehr im Weltkrieg auf den Reichspräsidentenschild erhoben hat, zu marschieren, wenn er den Willen bekundet hätte, in Übereinstimmung mit der nationalen Wehrheit des deutschen Volkes dem System des Zusammenbruchs nunmehr ein Ende zu machen und mit seinen Trägern zu brechen. Aber Hindenburg habe sich heute auf die Seite der Gegner der nationalen Front, die ihn vor sieben Jahren zum Reichspräsidenten wählte, geschlagen und eine neue Kandidatur gegen seine früheren Wähler aus den Händen von Feinden entgegengenommen, hinter denen seine Gegner und Beschimpfer von einst stehen. Man mag, so heißt es in dem Aufruf weiter, die Dinge drehen und wenden wie man will, als Träger der heutigen Kandidatur Hindenburgs bleiben nur die schwarz-rotten Parteien des Zusammenbruchs übrig. Die nationalsozialistische Bewegung hat nichts unversucht gelassen,

dem Generalfeldmarschall diesen Schritt, dessen verhängnisvolle Folgen für ihn schon klar auf der Hand liegen, zu ersparen. Vergebens! Man möge diejenigen die Verantwortung tragen, die ihn dazu getrieben haben. Der Sieg wird nicht bei ihnen sein.

Der Stahlhelm hat freie Hand

Die Presseabteilung des Bundesamts des Stahlhelms teilt mit: Die Voraussetzungen, unter denen der Stahlhelm bereit war, für die Präsidentschaft des Generalfeldmarschalls von Hindenburg einzutreten, sind nicht erfüllt. Nunmehr hat der Stahlhelm freie Hand. Der General von Horn war nicht ermächtigt, im Sinne des Stahlhelms zu sprechen.

Telegramm des Abgeordneten Göbbels an den Reichspräsidenten

Berlin, 16. Febr. Der Berliner Gauleiter der NSDAP, Dr. Göbbels, hat an den Reichspräsidenten ein Telegramm gerichtet, in dem er unter Hinweis auf die Redeworte gegen führende Nationalsozialisten an den Reichspräsidenten appelliert, einen durch Verbote nicht gehinderten Wahlkampf zu ermöglichen. Ein ähnliches Telegramm hat Dr. Göbbels auch an Reichsinnenminister Gröner geschickt.

Die Kandidatur Hindenburg im Spiegel der Presse

Berlin, 15. Febr. Die meisten Berliner Abendblätter nehmen in ihren Leitartikeln ausführlich zu der Kandidatur des Reichspräsidenten Stellung. Die der Regierung nahe stehende Presse und die Blätter der gemäßigten Rechten besprechen mit Reserve die Erklärung Hindenburgs, sich zur Wiederwahl zur Verfügung zu stellen und unterstreichen die endlich erfolgte Klärung der Fronten.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bedauert, daß die Wähler Hindenburgs von 1925 heute nur noch zum Teil hinter ihm stehen. Für die Deutschnationalen und den Stahlhelm bestehe jetzt die Gefahr, zwischen Hitler und Hindenburg aufgerieben zu werden. Das Hindenburg-erkret habe, Geschlossenheit der Nation und Verhütung der innerpolitischen Kämpfe, werde nicht eintreten. Deutschland ginge im Gegenteil einer Verschärfung der Auseinandersetzungen entgegen.

Die „Völkische Zeitung“ nennt die Kandidatur ein „wahrhaft historisches Dokument“, in dessen Mittelpunkt das Wort „Wille“ stehe. Das Blatt schreibt, wir erwarten von Hindenburg nichts für unsere Parteiliebe. Wir halten es recht und schlecht für unsere Wille, die Hand zu ergreifen, die er allen Deutschen, die guten Willens sind, entgegenstreckt.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt, auf der rechten liegt jetzt die unangenehme Verantwortung, ob ein Hindenburg zum Kandidaten der Linken gestempelt werden soll. Möge sie diesen Umstand bei ihren weiteren Erwägungen wohl im Auge behalten!

Die „Deutsche Zeitung“ spricht von einem Kampf, der der nationalen Opposition gegen ihren Willen aufzuzwingen werde. Sie werde ihn führen mit der Achtung, die dem geschichtlichen Namen des heute von den Gegnern zur Wahl gestellten Feldmarschalls zukommt, aber auch mit der Entschlossenheit, die die Verantwortung für die Zukunft von Volk und Vaterland erfordert.

Die „Germania“ schreibt unter der Überschrift „Front des Volkes“, die Entscheidung Hindenburgs und die gegen ihn gerichtete Kandidatur der radikalen Rechten haben die Fronten des Kampfes endgültig geklärt. Er muß und wird mit allen Mitteln bis zu einer klaren Entscheidung durchgefochten werden.

Der „Vorwärts“ nennt den Entschluß Hindenburgs eine höchst respektable Handlung, die „wie ein Donnerblitz auf die Darsbarger“ gewirkt habe. Das Blatt bezeichnet die gegenwärtige Situation als vielleicht auch für die Sozialdemokratie nicht einfach, für ihre schlimmsten Gegner aber sei sie höchst beunruhigend und schreibt denn, wir leben unsere Gegner in Verwirrung. Wie wir diese Verwirrung ausnutzen sollen, um ihre Niederlage so sicher und so schwer wie möglich zu machen, das ist die Frage des Tages.

Englische Blätter zum Entschluß Hindenburgs

London, 15. Febr. Der Entschluß Hindenburgs, trotz seines hohen Alters erneut bei den Präsidentschaftswahlen zu kandidieren, findet in der gesamten Londoner Abendpresse große Beachtung. Besonders tiefen Eindruck haben die Worte des Reichspräsidenten gemacht: „Ich will meinen Posten nicht im Stich lassen.“ „Daily News“ hebt besonders hervor, daß selbst der alte Gegenkandidat Hindenburgs, der ehemalige Reichskanzler Marx sich für Hindenburg einsetzt. „Evening Standard“ verleiht seinen Bericht mit der Überschrift: „Hindenburg der Kämpfer“.

Item der Preisüberwachung beibehalten werden. Diese Preisüberwachung werde dann aber nicht mehr zentral für das Reich erfolgen, sondern durch eine besondere Rechtsverordnung den Ländern übertragen werden.

Berlin, 15. Februar. Der Polizeipräsident hat mit Wirkung ab sofort die „Rote Fahne“ mit Kopfbildern bis zum 29. Februar 1932 wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verboten.

Anzeigenpreis:

Die stehende Zeile ober dem Raum 25 Rp., Restamtsblatt 100 Rp., Anzeigenblätter 100 Rp., Tagesblätter 20 Rp., Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Abnahmestopps hinfällig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Geschäftsband für beide Teile in Neuenbürg. Für teile, Aufträge wird keine Gewähr übernommen. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Reichstag am 23. Februar

Berlin, 15. Febr. Der Reichstag ist nunmehr endgültig für den 23. Februar nachmittags 3 Uhr einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht lediglich „Beschlussempfehlung über den Wahltag für die Wahl des Reichspräsidenten“. Als Grundlage der Beratung für den Reichstag dient das Schreiben des Reichsinnenministers Gröner, worin dieser namens der Reichsregierung für den ersten Wahlgang den 13. März und für den zweiten Wahlgang den 10. April vorschlägt. Ein Beschlusch über den zweiten Wahlgang ist zwar erst erforderlich, wenn die Notwendigkeit des zweiten Wahlganges feststeht. Minister Gröner empfiehlt jedoch dem Reichstag, vorsorglich schon jetzt einen Eventualbeschlusch über den zweiten Wahlgang zu fassen, wie dies auch bei der Reichspräsidentenwahl 1925 geschehen sei.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund gegen die Reparationen

Berlin, 15. Febr. Auf der Ausschusssitzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes erkrankte Leipzig Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes. Die Forderung „Schluß mit den Reparationen!“, so legte Leipzig dar, stehe keineswegs im Widerspruch mit der bisherigen Stellungnahme der Gewerkschaften, sei vielmehr die Konsequenz daraus, daß die Reparationen im eigentlichen Sinne, die Zahlen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bereits geleistet seien und daß die wirtschaftliche Notlage Deutschlands ihm die Fortdauer politischer Zahlungen nicht mehr gestatte. Die Gewerkschaften würden diesen Standpunkt auch fernerhin vertreten. Später berichtete insbesondere über das Krümpfer-System, für dessen Durchführung sich der Bundesvorstand eingesetzt hat. Auch die Reichskonferenz der Bergarbeiter hatte sich dafür ausgesprochen, da die Bergarbeiter im Waldenburger Keiber mit dieser Regelung gute Erfahrungen gemacht haben. Die Haltung des Bundesvorstandes in der Reparationsfrage wurde gebilligt. Leipzig erklärte abschließend, es bestehe kein Widerspruch zwischen Forderung nach Verhandlung mit Frankreich und der Lösung: Schluß mit den Reparationen.

Verhandlungen des Reichskommissars mit den Vätern

Berlin, 15. Febr. In Verhandlungen des Reichskommissars für Preisüberwachung mit den Väterverbänden wurde festgestellt, daß im vergangenen Jahre bereits allgemein eine zehnprozentige Senkung der Gebühren erfolgt ist. Der Allgemeine Deutsche Väterverband hat sich bereit erklärt, seinen Mitgliedern zu empfehlen, im Jahre 1932 eine weitere zehnprozentige Senkung durchzuführen. Bisher schon durchgeführte soziale Erleichterungen sollen trotz weiterer Senkung in Zukunft aufrecht erhalten bleiben.

Eine neue Notverordnung kommt

B.P. Berlin, 15. Febr. Eine neue Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen zeichnet sich am Horizont ab. Wenn die einzelnen Reichsministerien auch noch keineswegs soweit sind, um die verschiedenen Teile dieser kommenden Verordnung für das Kabinett beratungsfähig zu machen, so läßt sich doch nicht bestreiten, daß die Regierung weitere wirtschaftliche Notstandsmaßnahmen anerkent, über die sich der Kanzler mit seinen Ministern inoffiziell unterhalten wird, sobald die außenpolitischen Sorgen wieder etwas mehr in den Hintergrund getreten sind.

Einige der Maßnahmen, an die die Regierung denkt, sind bereits in der Öffentlichkeit erörtert worden. Es handelt sich hierbei um die Schließung weiterer Läden in der Währungsgebung. So will man die Banknotenausgabe unterbinden und weiter ein Umgeben der Bestimmungen über die Kapitalflucht durch „Warenaufkäufe“ im Ausland unmöglich machen. Die Erhaltung der Gold- und Devisenbestände der Reichsbank gehört in den Rahmen der Maßnahmen auf dem Gebiet der Devisenbewirtschaftung. Ein anderes Kapitel, mit dem sich die Regierung beschäftigt, ist der Staat, namentlich aber die Steuerengänge. Hier steht es nicht gerade rosig aus, so daß noch einiges geschehen muß, um die Regierung während der Reparationskonferenz von Etatfragen freizumachen. Auf dem Gebiete der Wiederaufstellung der Wirtschaft ist ebenfalls mancherlei zu erwarten. Man geht gewiß zu weit, wenn man an Schritte denkt, die sich mit der jetzt im Vordergrund des Interesses stehenden amerikanischen Kreditausbeutung decken. Ist aber die amerikanische Aktion von Erfolg begleitet, dann wird man sicher auch bei uns versuchen, aus ihr Nutzen zu ziehen.

Vorher wird noch die behördliche Arbeitsbeschaffung eine Rolle spielen. Hier legen sich die Sozialdemokraten ins Zeug, die teilweise schon ihre Scheu vor dem freiwilligen Arbeitsdienst verloren haben. Wieviel man dabei auf die Mittel der Arbeitslosenversicherung oder der allgemeinen Fürsorgemittel zurückgreift und wie weit eine Umorganisation der Arbeitslosenfürsorge zur gleichzeitigen Entlastung der Städte vorgenommen werden kann, wird zur Zeit noch untersucht. Daneben spielt auch die Reform unserer sozialen Gesetzgebung eine Rolle. Hier sind vom Arbeitsministerium Fragen ausgearbeitet worden, die von den Länderregierungen beantwortet werden sollen und die die Grundlage weiterer Beratungen bilden werden.

2,8 Millionen Eintragungen für Hindenburg

Berlin, 15. Febr. Am frühen Abend belief sich die Zahl der bisher dem Hindenburg-Ausschuß gemeldeten Eintragungen auf 2.800.000. Auch jetzt noch fehlen aus mehreren Orten, vor allem aus zahlreichen Landgemeinden, abschließende Meldungen.

Göbeler haut sich selbst ab?

Berlin, 15. Febr. Der Reichskommissar für Preisüberwachung wird am Ende dieses Monats seine Tätigkeit einstellen. Dr. Göbeler hofft, bis zu diesem Zeitpunkt die Preislenkung soweit durchgeführt zu haben, daß der Lebenshaltungszindex im Vergleich zu Beginn der Preislenkungsaktion um acht Prozent gesunken sei. Diese achtprozentige Senkung soll den Abschluß seiner Aktion darstellen. Wahrscheinlich werden für bestimmte Artikel, zum Beispiel für die des täglichen Bedarfs, ein So-



„Die Lage in Schanghai ist ernst“

Genf, 15. Febr. Die Lage in Schanghai wird in einem zweiten Bericht des Sonderausschusses des Völkerbundes aus Schanghai, der am Sonntag in Genf veröffentlicht wurde, als sehr ernst dargestellt. Der Bericht stellt fest, daß seit dem 3. Februar offener Kriegszustand besteht. Artilleriefeuer und Luftbombardements halten in Schanghai und in der Zone von Wusung an. Das Ziel der japanischen Offensive sei, die Chinesen von Schanghai abzurängen. Jeder Gedanke an einen Waffenstillstand sei ausgeschlossen. Es lasse sich nicht feststellen, welche der beiden Parteien die früheren Waffenstillstandsversuche durchbrochen hätten. Die Japaner beherrschten den Stadtteil Hongku und hätten dort die Straßen verbarrikadiert, die Polizei entlassen und sogar die Tätigkeit der Feuerwehreinrichtungen unterbunden. Die japanischen Marineinfanteristen, Reservisten und andere japanische Truppenteile hätten zahlreiche Repressalien, darunter handrechtliche Erschießungen, als Racheakte gegen die Chinesen durchgeföhrt. Die Zahl der Chinesen, die von den Japanern verhaftet oder erschossen wurden und die spurlos verschwunden seien, ist groß. Die Konsularvertreter hätten Schritte bei den japanischen Behörden unternommen. Die gefangenen Chinesen seien zum Teil auch ausgeliefert worden, aber die Zahl der Chinesen, über deren Schicksal man sich noch in ungewissen befinden, sei immer noch sehr beträchtlich. In ungefähr 100 Fällen verfüge die Schanghaier Stadtpolizei über genauere Angaben. Der Sonderausschuß betont, daß er für erste nicht die Absicht habe, neue Berichte nach Genf zu übersenden.

Erstgredige Verteidigung der Wusung-Forts

Schanghai, 15. Febr. Jeder das Ergebnis der Kämpfe bei Wusung liegend widersprechende Frontberichte von chinesischer und japanischer Seite vor. Während die Chinesen einen völligen Heißschlag des japanischen Angriffs melden, behaupten die Japaner, das Nordufer des Wusung-Kanals beinahe ohne Widerstand besetzt zu haben. Sie geben ihre Verluste mit 16 Toten und 61 Verwundeten an, während die Verluste der Chinesen bisher noch nicht bekannt sind. Meldungen, daß die Japaner die Wusung-Forts am Sonntag besetzt hätten, haben sich einwandfrei als unrichtig herausgestellt. Von japanischer Seite verläutet, daß die japanischen Truppen keinen Wert mehr auf die Eroberung der Forts legten.

Amlich wird von chinesischer Seite gemeldet, daß der Präsident der chinesischen Republik General Fong zum Innenminister ernannt hat. General Fong ist in Lojan eingetroffen und hat sein Amt bereits angetreten.

Bevorstehende Einberufung der Völkerbundsversammlung

Genf, 15. Febr. Die von unentrichteter Seite mitgeteilt wird, hat sich der chinesische Delegierte entschlossen, in der nächsten Katsitzung am Dienstag die Einberufung der Völkerbundsversammlung offiziell zu beantragen. Dem Antrage Chinas muß entsprochen werden und man rechnet hier mit einem Zusammentritt der Versammlung in etwa 8 bis 10 Tagen. Man hat den Eindruck, die chinesische Delegation habe die Hoffnung aufgegeben, daß das Verfahren vor dem Rat zu irgendwelchen vorklärenden Ergebnissen führen könne. Ob die Bundsversammlung allerdings in einem Verichte oder, wie die Chinesen erhoffen, in einer Entscheidung eine moralische Verantwortung des Vorgehens der Japaner aussprechen wird, erscheint nach dem bisherigen Verlauf der Angelegenheit noch zweifelhaft.

70 englische Flieger wollen China helfen

London, 14. Februar. In großer Aufmachung weilt „Sunbon Chronicle“ zu berichten, daß zurzeit von privater Seite eine Truppe von etwa 70 früheren englischen Militärfliegern zusammengestellt werde, die sich mit drei Flugzeuggeschwadern den chinesischen Luftstreitkräften anzuschließen beabsichtigen. Dieses Vorhaben werde von einer englischen Flugzeugfirma unterstützt, die die nötigen Bomben- und Kampfflugzeuge, die mit zwei Maschinengeheuren ausgerüstet würden, zur Verfügung stelle. Ein gewisser Ritter Harding habe die Leitung des Unternehmens in die Hand genommen und dem Vizepräsidenten der Unternehmung mitgeteilt, daß er in der nächsten Woche zu den nötigen Vorverhandlungen, die bereits mit den chinesischen Stellen in London eingeleitet worden seien, nach China abfahren werde. Anschließend bringt das Blatt eine Unterredung mit dem Kriegsminister, der sich dahingehend äußert, daß ein solches Unternehmen das Kriegsministerium nicht beröhre und die Angelegenheit vom Staatsanwalt aufgeführt werden müsse.

Aus Stadt und Land

(Wetterbericht.) Der Einfluß des mit seinem Kern über Großbritannien befindlichen Hochdrucks schwächt sich allmählich ab. Ueber Skandinavien und über dem Mittelmeer befinden sich Tiefdruckgebiete. Für Mittwoch und Donnerstag ist zwar noch zeitweilig beiteres und namentlich nachts ziemlich frostiges, aber tagsüber weniger kaltes Wetter zu erwarten.

Herrensab, 21. Febr. (Vortrag im Ev. Volkshaus.) In der Klosterkirche sprach gestern abend Geschäftsführer August Springer (Stuttgart) über das Thema: „Der Christ und die deutsche Volkssot“. Der Redner schilderte die Wirtschaftskrisis, dieses Weltunglück, das sich freilich in Deutschland besonders schlimm auswirkt. Ihm ist die weitbin Folge einer Gesinnung, die Wirtschaft und Technik nicht mehr bloß als Werkzeug nahm, sondern sie zu Glaubensgegenständen erhob, die aber heute gegen ihre Gläubigen zerföhrend sich wenden. Eine große Unruhe und Angst sei allenthalben eingebrochen, an die nun die Gottlosen geschickt anknüpfen. Die verschiedenen Formen der Gottlosigkeit werden vom Volkswidmismus angezogen wie von einem riesigen Magnet. Die „kämpfenden Gottlosen“ in ihrer unerbittlichen Ablehnung jeglichen Gottesglaubens und dem Willen zur Gewalt unter Mißachtung einzelner Menschenlebens ausgerichtet, bringen zielbewußt vor. Schollplatten, Sprechböhre, Versammlungen, Flugblätter, Klatsche und Zeitungen müssen ihrem Zweck dienen. Hier hat der Ev. Volkshaus als eine Vereinigung erster evangelischer Christen, die bewußt für ihre Kirche einsteht, seine große Aufgabe. Namentlich in den größeren Städten, in denen die geistigen Entscheidungen fallen, muß er das Ringen aufnehmen in Versammlungen, mit Plakaten, Flugblättern und in der Presse, an die er durch seine Presseabteilung herantritt. Aber ebenso wichtig als dieser Kampf ist der Versuch, das Leid mit helfender Liebe zu überwinden, also in der Fürsorge um wirtschaftlich Schwache, im Mittragen und religiösen Deuten des Schicksals der Arbeitslosen, in der Ueberwindung sozialer Gegensätze durch Arbeitsgemeinschaften und Flage der Volkseinheit im Sinn der deutschen Schicksalsgemeinschaft. Das Leben muß als Kreuz begriffen werden, das von Christus her seinen Sinn hat und das gemeinsam getragen werden muß. Wir wollen für die Kirche stehen, die solche Wahrheit verkünden darf. — Stadtpfarrer Sailer eröffnete den Abend mit volkskundlichen Worten und schloß ihn mit tiefem Gebet. Schönes Orgelspiel und ein inniges Lied, vom Jungfrauenchor gesungen, weichten die Abendstunde in besonderer Art.

Internationale Tuberkulose-Tagung

Die Internationale Union gegen die Tuberkulose hält ihre Konferenz im Haag und in Amsterdam vom 6. bis 9. September. Tagesordnung: Die Beziehungen zwischen Allergie und Immunität. Die Goldbehandlung der Tuberkulose. Die Fürsorge nach der Heilkräftenerlassung und Wiedererziehung in die Arbeit. Deutsche Referenten sind: für das 1. Thema Professor Dr. Bruno Lange, Berlin, Robert Koch-Institut; für das 2. Thema Dr. G. Schröder, Schönbuch; für das 3. Thema Dr. E. Brieger, Breslau.

Konfirmanden von Engländer im Jahr 1932:

Knaben: Max Frey. Mädchen: Anna Raff, Vina Bündel, Helene Kentschler.

Konfirmanden von Engal:

Knaben: Ernst Buchter. Mädchen: Lydia Reichle, Nina Bauer, Karoline Braun, Martha Kläber, Irma Gaus.

Landtagsdirektor Dr. Effenmann über: Deutschland und die Abrüstung

Neuenbürg, 16. Febr. Die Reichszentrale für Heimatdienst veranstaltet gegenwärtig im ganzen Lande Vortragsabende, um in unparteiischer Schulung den Blick für das weltpolitische Geschehen zu weiten und zu vertiefen. Daß diese Einrichtung auch bei uns begrüßt wird, beweist der zahlreiche Besuch von Frauen und Männern am Montagabend im Varensthal. Als Redner war genannt Landtagsdirektor Dr. Effenmann (Stuttgart). Bürgermeister Knodel gab nach den Begrüßungsworten der Hoffnung Ausdruck, daß es den Verhandlungen in Genf gelingen möge, das Mißverhältnis der Rüstungen zwischen Deutschland und seinen einstigen Gegnern zu

beheben, damit Ruhe und Ordnung unter den Völkern einlebe.

Nach einer kurzen Uebersicht über das Abrüstungsproblem in der Vergangenheit ging der Redner näher auf die durch den Versailles Vertrag geschaffenen Verhältnisse ein, in dem aus scheinbar sittlichen Gründen die Forderung nach allgemeiner Abrüstung erhoben ist. In Wirklichkeit handelte es sich neben wirtschaftlichen Erwägungen vor allem darum, den ungläubigen Völkern gegenüber ein Versprechen zu erfüllen, denen man während des Weltkrieges durch Jahre hindurch vorgelegen hatte, es gebe diesmal um den letzten Krieg, den Krieg gegen den deutschen Militarismus, nach dessen Vernichtung eine Friedenszeit heraufzuziehen könne. So bekennen sich nach Art. 8 der Völkerbundsatzung die Bundesmitglieder zu dem Grundsatz, daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine Verabsägung der nationalen Rüstungen auf ein Mindestmaß fordere, und die Einleitungsparole des Teiles V des Versailles Vertrags, der die Abrüstungsbestimmungen für Deutschland enthält, bezeichnen die deutsche Abrüstung ausdrücklich als die Einleitung einer Abrüstung aller Nationen.

Im folgenden gab Dr. Effenmann, unterstützt durch großzügige Darstellungen einen Ueberblick über die reiflose Entwicklung Deutschlands auf der einen Seite und die gigantischen Rüstungen unserer ehemaligen Gegner auf der anderen Seite. Die Gegenüberstellung ergibt ein geradezu erschütterndes Bild von der Wehrlosigkeit Deutschlands inmitten einer Welt in Waffen. Das an sich außerordentlich interessante eingehende Zahlenmaterial sei wiedergegeben, dessen sich der Redner bediente, würde an dieser Stelle zu weit führen. Als Beispiel diene nur die eine Mitteilung, daß je auf einem 10 Kilometer-Frontabschnitt im Westen Deutschlands 243 Mann, 2 leichte Maschinengewehre und 0,7 leichte Geschütze zur Verfügung hat, denen Frankreich im selben Raumabschnitt im Kriegsfalle über 6000 Mann, hunderte von Maschinengewehren, über 50 zum Teil schwere Geschütze, dazu zahlreiche Tanks und Flugzeuge entgegenzusetzen hat. Und im Osten haben selbst Polen und die Tschechoslowakei je über 11000 bzw. über 8000 Mann den je 243 Deutschen gegenüberstellen. Dazu kommen die außerordentlichen Flottenrüstungen bei England, dem Vereinigten Staaten, Japan, Frankreich und Italien, der Ausbau der strategischen Bahnen in Frankreich und Belgien, die Anlage von ungeheuren Befestigungsanlagen entlang den im Westen völlig ungeschützten deutschen Grenzen und die besondere Ausgestaltung der technischen Waffen und der gesamten Rüstungsindustrie vor allem in Frankreich und seinen Vasallenstaaten, während es Deutschland vollkommen verboten ist, chemische Kampfmittel, schwere Artillerie, Tanks oder militärische Flugzeuge zu besitzen. Besonders der Hauptmilitärmacht Frankreichs gegenüber tritt der Gedanke mehr deutlich in Erscheinung, als die neue französische Wehrorganisation nicht weniger als eine Gesamtmobilisierung der Nation von Jugend an bedeutet und Frankreich in höchstem Maße auch Kolonialstreitkräfte zur Verfügung haben.

So bleibt nun die allgemeine Abrüstung, die schon im vierten Punkt der 14 Punkte Wilsons versprochen war und die die deutsche Abrüstung begründen helfen sollte? An vorbereitenden Kommissionen und Unterkommissionen beim Völkerbund hat es nicht gefehlt. Dabei hat vor allem Frankreich versucht, die sogenannte Sicherheitsfrage vor die Abrüstungsfrage zu stellen, obwohl ihm nach dem Beitritt Deutschlands zum Völkerbund und nach den Locarno-Verträgen, endlich nach Abschluß des Kellogg-Paktes jeder Anlaß gefehlt hätte. Außerdem hat Frankreich zusammen mit Belgien, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien und Polen durch Vereitigung von Schwierigkeiten schon bei Festlegung des Grundbegriffs, was unter Rüstung zu verstehen sei, das Problem außerordentlich erschwert. Trotzdem es an ersten Mahnungen nicht nur seitens der deutschen Vertreter, sondern auch der Neutralen in Genf nicht gefehlt hat, die mit Recht die Abrüstungsfrage als das Kernproblem und den Prüfstein des Völkerbundes bezeichneten, kam man bei allen Abrüstungsverhandlungen bisher nicht über das heuristische Spiel hinaus, das man in die Formel fassen möchte: Wie schwache ist die Rüstung der anderen, ohne selbst abrüsten zu müssen?

Auf dem Gebiet der Seearüstung gelangte man außerhalb der Völkerbundsverhandlungen im Februar 1922 auf der Konferenz von Washington wohl zu einer Vereinbarung, in der das Stärkerverhältnis der Großkampfschiffe der großen Seemächte in gewissen Beziehungen festgelegt wurde. Die darauf folgenden Seearüstungskonferenzen, die die notwendige Ergänzung der Washingtoner Konferenz hätten bringen



„Ist sie jung?“
„Ich denke etwa dreißig, es können auch noch ein paar Jahre mehr sein.“
„Ist sie hübsch?“
Diese Frage war ihr geradezu entchlüpft. Im nächsten Augenblick wurde sie blutrot.
Er nahm ihre Rechte und sagte herzlich: „Dana, ich liebe nur dich! Immer hat sich alles in mir zu dir geneigt. Ich sah so viel Frauen, die man schön nannte. Ich sah es nicht! Ich mir alle deine Liebe und ebensoviele Vertrauen.“
Sie nickte leise.
„Ja, Berndt! Ich bin nicht töricht! Ich glaube an dich! Du kannst nicht lügen!“
„Rein, Dana! Das eben war es ja, was mich immer und immer wieder aus der Erstarrung schleuderte. Jetzt will ich neu aufbauen. Was wird, wie lange diese Stellung währt, alles das will ich mir jetzt nicht überlegen. Ich will anfangen und aufbauen, und dann... will ich dich heimholen, Dana. Meine kleine Dana!“
Und Daniela lächelte wie ein kleines Mädchen, vertegen, beglückt und selig. Und war doch wirklich alles andere als ein kleines Mädchen. Groß, kraftvoll war ihre Erscheinung, etwas Zwingendes, Imponierendes ging von ihr aus.

Berndt Groth trat am nächsten Morgen keine Stellung an. Punkt neun Uhr ließ er sich melden und wurde sofort zur Lady gebeten.
Als er das prunkvolle, aber doch nicht überladene, vielmehr mit großem Geschmack eingerichtete Gemach betrat, fand er Lady Durham beim Frühstück in Gesellschaft eines Mannes. Groth und breitschultrig war der Mann. Sein längliches Gesicht mit dem spärlichen, dünnen hellen Haar war unbewegt, ja gleichgültig, als er den Ankommenden ansah.
Berndt verbeugte sich schweigend.
Lady Durham, die sich erhoben hatte, rief ihm entgegen: „Kommen Sie näher, Herr Groth!“
Dann wandte sie sich zu dem Manne und sagte: „Griadae,

„Wirst du zum Diner kommen?“
„Nein! Wird spät heute abend! Kann sein, daß ich mit dem Nachtzug nach Brüssel fahre.“
Noch ein flüchtiger Zug, ein Handkoffer, und nach wenigen Augenblicken sah unten der Wagen neuesten Modells an.
Sie sahen sich eine Weile stumm gegenüber, bis Lady Durham sagte: „Wie gefällt Ihnen mein Mann?“
„Bitte, lassen Sie mir die Antwort, Lady!“
„Rein! Offen, Herr Groth!“
„Er... gefällt mir nicht! Aber ich kenne ihn kaum fünf Minuten, und mein Urteil ist ganz gefühlsmäßig.“
Die junge Frau nickte.
„Das war ehrlich! Er gefällt mir... noch weniger, Herr Groth, und ich habe noch keinen Menschen kennengelernt, dem er gefallen hat.“
„Warum lagen Sie mir das, Lady Durham?“
„Weil es zu Ihren Wünschen gehören wird, mich... vielleicht vor meinem Manne zu schützen!“
„Ich verleihe Sie nicht, Lady!“
Ihr blonder Kopf war gebeugt, ihr Blick lag auf der schloßweißen Decke des Tisches.
„Sie werden mich noch verstehen lernen, Herr Groth. Es ist eine Geschichte... eine Geschichte des Grauens. Ich will sie Ihnen einst erzählen.“
Sie beugte sich zu ihm hinüber und sagte leise: „Belügen Sie einen Revolver, Herr Groth?“
„Rein! Aber wenn Lady wünschen...“
„Ich bitte Sie, einen Revolver stets bei sich zu tragen. Sie könnten ihn brauchen. Hören Sie weiter zu! Ihre Räume sind durch eine Alarmklingel mit meinen Appartements verbunden. Wenn diese Glocke einmal ralen sollte, dann willfen Sie eins: dann bin ich in Todesnot... zögern Sie nicht, dann warte ich auf den Helfer!“
Diese Worte beruhigten Berndt seltfam. Er fühlte, daß hier ein Geheimnis wartete.
„Ich stehe zu Ihnen, Lady Durham, in jeder Situation, Sie mag sein wie Sie will!“
Run streckte sie ihm die Hand entgegen. Ein warmer Glanz lag in den sonst so kühlen Augen, als sie sprach: „Ich danke Ihnen. Auf gute Freundschaft, Herr Groth!“
Ihre Hände fanden sich.
„Ich bin Ihr Ritter, Lady Durham!“

(Fortsetzung folgt.)



Banama 15. Febr. Nach hier eingetroffenen Meldungen aus San José soll in Cochabaca ein Aufstand ausgebrochen sein. In den Straßen habe sich ein Kampf entsponnen, bei dem eine Reihe von Personen verletzt worden sei. Der Vizepräsident und der Finanzminister sollen von den Rebellen gefangen genommen worden sein. Der Präsident und die übrigen Minister haben in der Artilleriekaserne Zuflucht gesucht.

Tokio, 15. Febr. Der Diktator des Völkerbundesrats in der

Angelegenheit der von China beantragten Einberufung des Völkerbundesrats wird, wie man im Auswärtigen Amt erklärt, nicht viel Bedeutung beigemessen. Die Einberufung der Vollversammlung des Völkerbundes sei eine ungeeignete Methode angesichts der jetzigen Situation. Dagegen wird betont, daß Japan nicht die Absicht habe, daraus irgendwelche Folgerungen zu ziehen oder gar aus dem Völkerbund auszutreten.

Mann ihrem Vater irgendwelches Geld schulde. Sie wurde aufgeregt. Sie weiß, daß die Finanzen ihres Mannes zerstückelt sind. Es fehlt jetzt schon oft im Haushalt am Nötigsten, und das ist doch eine ungeheure Summe, diese 38 000 Schilling, die ihr Mann schuldet. Als er ins Zimmer kommt, steht sie am Tisch, läßt die Hände sinken und ruft:
„Wo hast du denn das Geld, das meinem Vater gehört?“
Matuschka schreit sie an: „Hau ab! Du denn, ich habe das Geld meines Vaters gekostet?“
Er gibt weiter keine Antwort, geht ins Wohnzimmer, reißt Hut und Mantel an sich, öffnet noch einmal die Tür und schreit der Frau wieder zu:
„Dein Vater wird sein Geld schon wieder bekommen.“
(Fortsetzung folgt.)

Was ist das für ein Mensch!

Das Rätsel Matuschka, seine Verbrechen und sein Doppelleben

Nachdruck verboten

Von H. A. Berndorff — Copyright 1931 by Dieck & Co., Verlag, Stuttgart

22. Fortsetzung.

Oberkommissar Dr. Böhm: „Meine Herren, das geht natürlich nicht so einfach. Sehen Sie, um Matuschka zur rechtmäßigen Auslieferung seines Berliner Aufenthaltstitels zu bringen, dazu gehört ein Gerichtsbeschluss, dazu gehören große Vorbereitungen beim österreichischen Justizministerium. Bis so etwas auf dem Dienstweg erledigt ist, das ist eine lange und komplizierte Sache. Außerdem muß das Außenministerium ein Wort mitreden. Dann geht das alles wieder zurück an das Gericht...“

Kriminalrat Gennat: „Nun hören Sie schon auf, lieber Herr Kollege. Sehen Sie, einmal hatten wir in Berlin einen Räuber gefaßt, der hatte Verbrechen in Mailand und in Deutschland begangen. Die italienische Kriminalpolizei setzte sich mit uns in Verbindung, und die Geschichte war schnell erledigt. Ich nahm den Mann im wahren Sinne des Wortes an der Hand und fuhr mit ihm nach Mailand. Er blieb in der Obhut der deutschen Kriminalpolizei. Wir behielten diesen Mann. Aber trotzdem haben wir ihn in Mailand herumgeführt, bis alles geklärt war. Wir beide, der Räuber und ich, waren sozusagen Gäste in Mailand, und als alles geklärt war, fuhren wir wieder nach Berlin zurück. Bevor dann wieder die Italiener den Auslieferungsantrag stellen konnten, haben wir ihnen diesen Herrn schon angeboten. Warum kann im Fall Matuschka nicht ebenso gehandelt werden? Also, lieber Herr Doktor Böhm, wir laden Sie und Herrn Matuschka hiermit fernerläßt ein, nach Berlin zu kommen.“

Dr. Böhm: „Aber lieber Herr Gennat!“
Kriminalrat Gennat: „Ja ja, ich weiß schon!“
Einem der beiden Rechtsabteilungsbeamten: „Ja, aber meine Herren, dann ist also die Sache so, daß ohne Matuschka dessen Berliner Aufenthaltstitel nicht, wie Sie das ausdrücken, nach Stunden registriert werden kann.“

Kriminalkommissar Dr. Berndorff: „Nach Stunden? Wir sind uns ja über die einzelnen Tage noch nicht einmal vollkommen klar.“

Kriminalrat Dr. Schweiniger: „Aber meine Herren, ich finde, wir haben allen Anlaß, zufrieden zu sein. Wir haben in wirklich prächtiger Zusammenarbeit der mitteleuropäischen Kriminalpolizei den Fall von Grund aus geklärt. Wir haben so zusammen gearbeitet, daß das Ganze ein Schuldspiel für internationale Zusammenarbeit der Kriminalpolizei gewesen ist.“

Kriminalrat Gennat: „Wir sind die Mitropa-Polizei.“
Kriminalrat Dr. Schweiniger: „Inwiefern wissen Sie, wer der Täter von Jüterbog war. Es ist ganz bestimmt Matuschka, daran ist überhaupt kein Zweifel möglich. Da ist nicht nur sein eigenes Geständnis, sondern es sind eine Menge anderer Beweismittel dazu da. Sie müssen sich eben damit abfinden, daß vorläufig die Einzelheiten nicht weiter geklärt werden können. Im übrigen, meine Herren, im Namen meines Chefs, des Herrn Polizeidirektors Scienci, habe ich den Auftrag, Sie nach Ungarn einzuladen und Sie zu bitten, sich die Attentatsstelle in Via-Tordogy genau anzusehen, denn das ist für Sie alle ja von Wichtigkeit.“

Kriminalrat Gennat: „Glauben Sie nicht auch, Herr Doktor Schweiniger, daß Herr Doktor Scienci uns mit großen Ehren empfangen würde, wenn wir ihm einen ungebetenen Gast, den Matuschka, mitbringen würden?“
Dr. Schweiniger: „Weiß der Teufel!“

Silvester Matuschka ist zu Hause.
Er sitzt am Morgen, nachdem er von Jüterbog zurückgekehrt ist, mit seiner Familie beim Frühstückstisch. Er unterhält sich mit seiner Frau über die täglichen Dinge des Haushaltes, über sein Kind, das neben ihm sitzt, und dem er jählich über den Scheitel streicht.

Zwischendurch liest er in der Zeitung die Berichte über das Attentat von Jüterbog. Nur für Minuten stiert er geistesabwesend in die Zeitung. Schon steigt es in ihm wieder auf. Schon wühlt es wieder in seinem Innern, schon zingt ihn der Gedanke an dieses Erlebnis, das ihm Glück und Erlöschung war, wieder in seinen Bann.

Da redet das Kind ein paar Sätze, er legt die Zeitung hin und ist zu Hause, geborgen in seinem Heim, der friedliche Bürger Matuschka.

Nach langem An diesem Morgen, und dann bringt der Briefträger einen Brief. Er ist in Gestalt eines Aufgebotes und kommt von seinem Schwiegervater.

Matuschka öffnet ihn und wird sehr unruhig, nachdem er ihn gelesen hat. Er legt das Kuvert, das den Aufgebotesinhalt des 9. August trägt, beiseite und birgt den Brief in seiner Rocktasche. Seine Frau beobachtet ihn ein wenig ängstlich. Ihr fällt auf, daß ihr Mann ihr diesen Brief ihres Vaters weder gibt noch vorliest. Sie wittert Unheil. Sie wendet das Kuvert in ihren Händen hin und her und bringt schließlich den Mut auf, nach diesem Brief zu fragen. Aber sie erhält eine brumme Antwort.

Matuschka geht unruhig in seinem Zimmer auf und ab. Der Frieden dieses Morgens, der so schön begann, ist zunächst einmal zerstört.

Dieser Brief, der inzwischen zu den Akten der Polizei gekommen ist, war allerdings dazu angetan, Matuschka zu beunruhigen. Es hatte mit ihm folgende Bewandnis:

Als Matuschka das letzte Mal — Weihnachten 1930 — kurz vor seinem ersten Attentat, in Gantaver gewillt hatte, hatte sein Schwiegervater, der alte Der, gerade ein Haus verkauft, das er in Wien besaß und das er zu derselben Zeit erworben hatte, als Matuschka seine drei Häuser kaufte. Bei diesem Kauf war er einem Rat seines Schwiegervaters gefolgt. Jetzt folgte er ihm wieder, als er es verkaufte. In Gantaver stellte er eine Vollmacht aus und beauftragte seinen Schwiegervater, den Kaufpreis in Höhe von 38 000 Schilling zu erheben.

Matuschka hat ihm einmal gesagt, daß er für dieses Geld jetzt ein gutes Grundstück kaufen könne, das eines Tages im Preise steigen würde. Jetzt fragte der alte Der an, was aus dem Grundstückskauf geworden sei. Er vermisse den Nachweis dafür, wo das Geld in der Zwischenzeit angelegt worden wäre. Diesen Nachweis aber konnte Matuschka in diesem Augenblick nicht erbringen. Er hatte das Grundstück nicht gekauft, und er hatte in Wirklichkeit das Geld längst angegriffen, um seine Eisenbahnattentate zu finanzieren, die ihn sehr viel Geld gekostet hatten.

Er ging also müde in seinem Zimmer auf und ab. Er beschloß, den Brief seines Schwiegervaters ausweichend zu beantworten und legte ihn auf den Schreibtisch.

Dann kam ein Besucher. Matuschka empfing ihn in seinem Zimmer, begleitete ihn dann wieder bis zur Tür.

In diesem Augenblick trat Frau Matuschka ins Wohnzimmer, glug an den Schreibtisch, fand den Brief, und nachdem sie die ersten Sätze gelesen hatte, hatte sie begriffen, daß ihr

Sportseite.

Schupo im Sport-Dress

Das 4. Stuttgarter Hallensportfest der Schutzpolizei am Samstag war wie keine Vorgänger auf dem Gebiet der zweitägigen Körperkultur ein besonderes Ereignis. Die Ordnungsgewalt haben neben dem allgemeinen Sport, auf dem es bereits eine sehr beachtliche Rolle spielten, immer einigermassen zu zeigen, was sie allein haben und was ihnen nicht so leicht nachgemacht werden kann. Daher und vielleicht auch weil es zugunsten der Schloßbrandhilfe ging, war die Stadthalle wieder einmal ausverkauft. Unter den 8000 Zuschauern waren die Spitzen der Behörden stark vertreten, fast das ganze Staatsministerium mit Staatspräsident Dr. Holz, den Staatsministern Dr. Beyerle, Dr. Dehlinger, Staatsrat Dr. Degenmaier und den Ministerialdirektoren Dr. Feld, Scholl, Dr. Leugns u. Stalger, ferner Polizeipräsident Klüber, Landtagspräsident Pfleger sowie Vertreter der früheren und jetzigen Wehrmacht, darunter General von Hoff und der Wehrkommandeur Generalleutnant Viebmann usw. Veranstalter war das Polizeipräsidium Stuttgart, Ausführende waren die Polizeibereitschaften von Stuttgart und Gillingen, die Polizeisportvereine der Polizeisportvereine und in besonderen Einladungsvereinen Turn- und Sportvereine von Groß-Stuttgart und Feuerbach. Sie konnten sich eines durchschlagenden Erfolges erfreuen. Die stets in Massen vorgeführten Gemeinschafts- und Einzelübungen zeigten einen hohen Grad von Mut, Gewandtheit und körperlicher Tüchtigkeit bei unserer Polizei, eine sichere Gewähr für den Wert und die Schlagkraft dieser Schutztruppe der öffentlichen Ordnung.

Das Programm war eine bunte Folge von Wettkämpfen, Turn-, Turnübungen und Schumannern. Alles stand in enger Beziehung zum praktischen Polizeidienst, manches war ihm unmittelbar entnommen. So der äußerst originelle Alarm mit Hindernislauf in Dienstkleidung, zu dem aus jedem Bezirk von Stuttgart und Gillingen zwei Besatzungen starteten! Es galt auf einer Strecke von 150 Meter 5 Hindernisse zu überwinden, darunter eine 2 Meter-Band zu überklettern und ein markiertes Glasfenster — Helm voraus! — zu durchspringen. In die Wertung war auch die Zeit des Anziehens mit eingeschlossen. In bemerkenswerter kurzer Zeit wurde die Übung von allen Teilnehmern erledigt. Sieger wurde der Polizeioberwächter Winkler (Bezirk Stuttgart 4) in der Zeit von 1:41 Min (1). Unmittelbar in das Gebiet polizeilichen Könnens fielen eine prächtige Faustkampfturne, die Vorführung der Polizeibunde als Schuch und Hilfe des Polizisten, sowie die Ju-Jitsu-Arbeit an etwa 30 teilweise bewaffneten „Verbrechern“. Gerade diese Übung zeigte, wie zweckmäßig geistige und körperliche Schulung durch Sport dem Polizeibeamten unbedingte Ueberlegenheit verleiht. — Mut, Kraft, Geschmeidigkeit und nicht zuletzt Körperkondition — alles Erfordernisse an den modernen Polizisten — demonstrierten: Turnen an der Spornenwand und Gitterleiter, verbläffende Sprünge über den hohen Doppelstich und feillich gestellte Pferde. Konzentration erforderten neuartige Übungen mit dem Medizinball. Daß schließlich die Polizisten sich auch im Sport mit den Turnern und Sportlern erfolgreich messen können, bewiesen die Einladungs-Laufturne, wurden doch so bekannte Sprinter wie die der Stuttgarter Räder und des B. i. B. Stuttgart von den Gillingener Polizisten geschlagen und im Handballspiel trennten sich der württ. DSB-Meister Raders und der Pol. Sp. B. Stuttgart menschenleiden 3:3.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das auf Markung Wildbad belegene, im Grundbuch von Wildbad, Heft 651, Abteilung I Nr. 4, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes auf den Namen des

Adolf Schatz, Bauwerkmeisters in Wildbad, eingetragene Grundstück:

Geb. 131 Paulinenstraße mit Parz. 596/1: 3 a 68 qm Wohnhaus, Hofraum und Gemüsegarten, gemeinderätlich geschätzt am 12. Januar 1932 zu 7500.— RM.,

am **Mittwoch den 30. März 1932,** vormittags 9 Uhr, auf dem Rathaus in Wildbad (Notariat, IV. Stock) versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 17. November 1931 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die Aufforderung, Rechte, soweit sie zurzeit der Eintragung des Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgegeben werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aushebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Wildbad, den 8. Februar 1932.

Kommissär:
Bezirksnotar gez. Rathgeber.

Neuenbürg.

Die Kirchensteuer für 1931

ist in ihrem ganzen Betrage verfallen. Um Zwangsmahnungen zu verhüten, sind die rückständigen Beträge bis spätestens Dienstag den 1. März zu zahlen.

Evang. Kirchenpflege: Erat.

Am Sonntag den 21. Februar, nachmittags 5 Uhr, findet in der städt. Turn- und Festhalle in Neuenbürg ein



Konzert

des Musikvereins und der Gesangsvereine von Neuenbürg zu Gunsten der Winter-nothilfe statt. Kassenöffnung 4 1/2 Uhr nachm.

Programme, die zum Eintritt berechtigen, sind vom 18. Februar ab im Vorverkauf zu haben in der Buchdruckerei Heinkelmann und bei Kaufmann Lindemann.

Preis für eine Person mindestens 50 Pfa., ohne der Wohlthätigkeit Schranken setzen zu wollen.

Die Einwohnerschaft von hier und Umgebung wird gebeten, die Veranstaltung durch zahlreichen Besuch zu unterstützen.

Die Stadtverwaltung.

Musikverein Neuenbürg.

Liederkränz Neuenbürg.

Sängervereinigung „Freundschaft“ Neuenbürg.

Turnergesangsverein Neuenbürg.

Neuenbürg.

Sommerliche, freundliche

3—4 Zimmer-Wohnung

mit sämtlichem Zubehör und

Garten für sofort zu vermieten.

Adressen an die Engländer-

Geschäftsstelle erbeten.

Lüchtige Vertreter

für Mobilien- und Zweckparcasse gegen höchste Bezüge gesucht. Kaufparcassen-Vereiner bevorzugt.

Verbands-Sondikus

Hr. Engler,

Hamburg, Neuenbürg 71.

Emil Pfrommer
Amalie Pfrommer, geb. Berweck
Vermählte

Holzbauchal

Conweiler

16. Februar 1932

Brennholz-, Stangen- und Stammholz-Versteigerung.

Die Gemeinde Burbach, Amt Ettlingen, versteigert am Donnerstag den 18. Februar 1932, vormittags 10 Uhr auf dem Rathaus beginnend:

452 Buchene, 69 Eichene und 55 Ster forle Scheller, 39 Buchene, 26 Eichene, 12 gemischte und 27 Ster Kadelholz-Brügel.

Das Holz liegt zum größten Teil in der Nähe vom Fischweier am Laimweg, sowie an der Moosablatstraße in der Nähe der Weimersmühle und ist daher gute Abfuhr vorhanden.

Ferner nachmittags:

147 Baukastanien I., 122 II., 34 III., 60 IV. und 61 V. Kl.,

60 Hopfenkastanien I., 90 II., 55 III., 60 IV. Klasse,

140 Rebstecken I., 115 II. Klasse und 1290 Bohnenstecken,

38 Stück Wagnereichen V. und VI. Klasse.

Waldhüter Artmann zeigt das Holz auf Verlangen vor.

Burbach, den 13. Februar 1932.

Der Gemeinderat.

Ruz, Bürgermeister.

Eisele, Kassendirektor.

Briefpapier

in schöner Ausführung empfiehlt

C. Meeh'sche Buchhandlg., Inh. Fr. Biesinger.

